

Informationen gemäß Art. 13 DS-GVO

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Stadtverwaltung Pirmasens Amt für Jugend und Soziales
Sachgebietsleitung Frau Laura Ochs
Maler-Bürkel-Str. 33, 66954 Pirmasens
Tel.: 06331-877-223
lauraochs@pirmasens.de

2. Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Stadtverwaltung Pirmasens, Rechnungsprüfungsamt
Herrn Andreas Mühlbauer
Bahnhofstraße 50, 66953 Pirmasens
Tel.: 06331 14890-30
E-Mail: datenschutz@pirmasens.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Die Daten werden erhoben, um die Aufgaben des Jugendamtes als Urkundsperson wahrzunehmen. Die Erhebung erfolgt aufgrund Artikel 6 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c DSGVO, §§ 55, 61 Abs. 2 und 68 SGB VIII. Daneben kann eine Verarbeitung u. a. auch für statistische Zwecke erfolgen. In diesem Fall werden Ihre Daten anonymisiert.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

- Mitarbeiter/Innen der Sachgebiete 50.1 (ASD), 50.3 (Unterhaltsstelle/Vormundschaften), 50.4 (Wirtschaftliche Jugendhilfe), 50.6 (Sozialamt)
- IT-Service
- Statistische Zwecke (Daten in anonymisierter Form);
- Gerichtsbarkeit; Organisationen, Behörden

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

- Eine Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland findet nicht statt.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Anhand der aktuellen Bestimmungen werden die Daten wie folgt aufbewahrt:

- Kindesunterhalt, Vaterschaft: 30 Jahre nach Volljährigkeit bzw. Aktenabschluss, sofern dieser nach Volljährigkeit eingetreten ist
- Sorgeerklärungen: 2 Jahre nach Volljährigkeit
- Negativbescheinigungen: 2 Jahre nach Ausstellung

Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist werden die Urkunden unter Beachtung des Datenschutzes vernichtet.

Die elektronisch gespeicherten Daten werden analog dieser Regelung gelöscht.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrund-Verordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogene Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DS-GVO), insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.